



Der Kinderschutzbund
Bundesverband

Kinderarmut 2021 – Wann kommt die Kindergrundsicherung?

Infreihe Kinder, Jugend & Familie
Der Paritätische
14. Juli 2021

Jana Liebert

Der Kinderschutzbund Bundesverband

**KINDER
HABEN
ARMUT
NICHT
GEWÄHLT**
KINDERSCHUTZBUND.DE

KINDER IN DEN MITTELPUNKT

→ **Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft ist nicht so wie er sein sollte.**

Das hat sich in der Corona-Pandemie gezeigt. Sie mussten die Erfahrung machen, dass die Bedürfnisse der Erwachsenen von der Politik stärker berücksichtigt wurden als ihre eigenen.



→ **Kinderschutzbund-Positionen sind klar:**

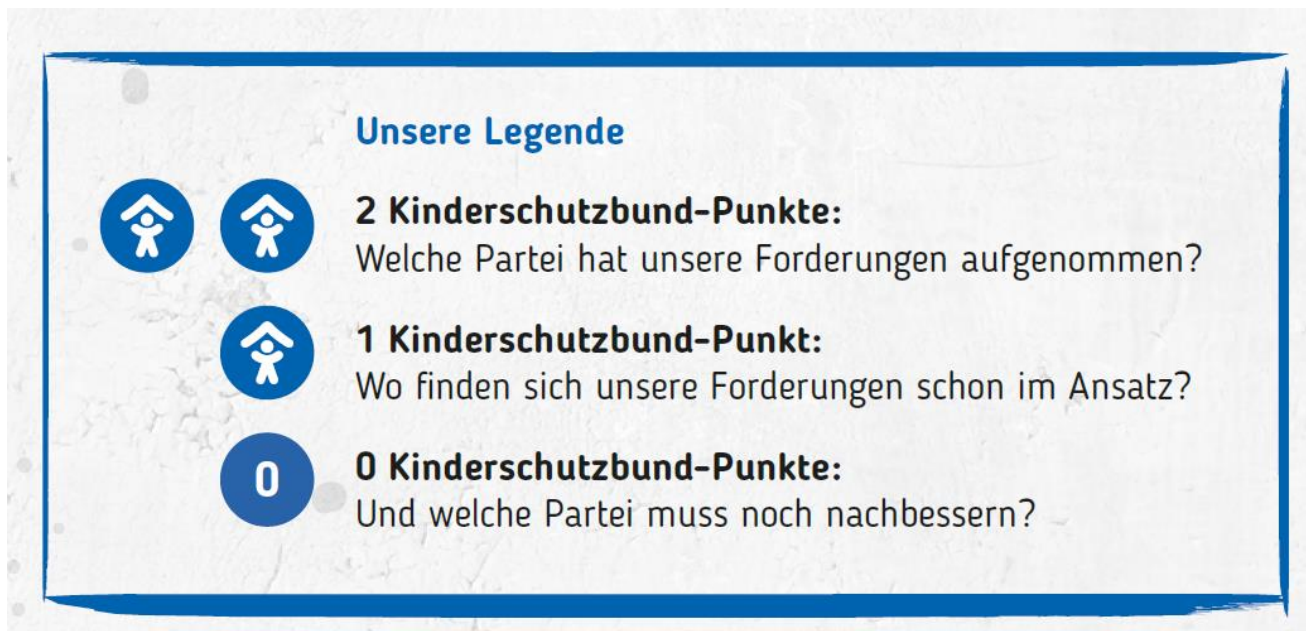
- Wir wollen echte Kinderrechte im Grundgesetz.
- Kinder haben Armut nicht gewählt, daher brauchen wir eine Kindergrundsicherung und ein Investitionsprogramm „Kinder-Infrastruktur“ sowie
- größere Anstrengungen beim Kinderschutz.

„Wo Kindergrundsicherung drauf steht, muss auch Kindergrundsicherung drin sein!“




- **Rechtsanspruch** jedes Kindes
- **Existenzminimum für alle Kinder neu berechnen und absichern:** einheitliches und realistisch berechnetes Existenzminimum inklusive Bildung und Teilhabe in allen Rechtsgebieten
- **Vielzahl von Leistungen zusammenfassen:** Kindergeld, Kinderfreibetrag, Sozialgeld für Kinder, Kinderzuschlag, Teile des BuT, (UVG)
- **Sozial gerechte Ausgestaltung:** Einkommensabhängigkeit
- **Leistung automatisch und direkt auszahlen:**
Ziel → Inanspruchnahme von 100%
- **Einfach und unbürokratisch:** eine Anlaufstelle für Familien schaffen

Doch welche Partei stellt die Kinder in den Mittelpunkt?

Die Kinderschutzbund-Punkte   ordnen ein, inwiefern die DKSB-Forderungen in den Programmen aufgenommen wurden.



Unsere Legende

-  **2 Kinderschutzbund-Punkte:**
Welche Partei hat unsere Forderungen aufgenommen?
-  **1 Kinderschutzbund-Punkt:**
Wo finden sich unsere Forderungen schon im Ansatz?
-  **0 Kinderschutzbund-Punkte:**
Und welche Partei muss noch nachbessern?

CDU-CSU



Kinderarmut kommt im Unions-Wahlprogramm nicht vor. Aber sie wollen Familien „finanziell entlasten“ und es ihnen „leichter machen“.

Durch: „Familienleistungen maximal einfach bündeln“, „automatisiert, digital und aus einer Hand“, Geburtsurkunde, Kindergeld, Elterngeld, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket mit digitalem Antrag

Durch: „Familien mit Kindern finanziell entlasten“, Anhebung von Kindergeld und Freibetrag, jedoch „abhängig von wirtschaftlicher Lage“, „perspektivisch Kinderfreibetrag auf Höhe Grundfreibetrag Erwachsene“, somit „Einstieg in ein Kindersplitting“, Entlastungsbetrag für Alleinerziehende „perspektivisch“ erhöhen

Was sagen die Parteien dazu?

SPD



Die SPD möchte allen „Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen“ ermöglichen. Ihr Konzept der Kindergrundsicherung besteht aus zwei zentralen Bereichen.

Durch: Dazu gehört eine „Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht: gute und beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum.“

Durch: „Der zweite Teil ihrer Kindergrundsicherung besteht „aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist“, Der minimale monatliche Betrag „wird bei zirka 250 Euro liegen.“ Der Höchstbetrag ist noch nicht festgelegt, er soll „sich an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der Basisbetrag.“

Bündnis 90/ Die Grünen



Bündnis 90/Die Grünen will eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut. In einem reichen Land wie Deutschland dürfe kein Kind in Armut aufwachsen. Daher brauche es „eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut“.

Durch: Familien sollen mit „einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung“ gestärkt werden: der Kindergrundsicherung. Dazu sollen Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammengefasst werden. Konkrete Beträge werden im Wahlprogramm nicht genannt. Es gibt einen einkommensunabhängigen Garantie-Betrag sowie einen Garantie-Plus-Betrag. Die neue Leistung soll „garantiert bei jedem Kind ankommen. Nach einmaliger Beantragung bei Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch von der Familienkasse berechnet und ausgezahlt.“ Eine Neuermittlung des kindlichen ExMin wird angestrebt.

Durch: Zur Gesamtstrategie gehöre auch „eine hervorragende Infrastruktur“.

FDP



Im FDP-Wahlprogramm kommt das Wort Kinderarmut nicht vor. Sie stellen ihr Kinderchancengeld unter die Überschrift „Modernes Recht für starke Familien“.

Durch: Das Kinderchancengeld besteht aus „Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket.“ Eine konkrete Höhe wird im Wahlprogramm nicht genannt, welche Leistungen gebündelt werden ist ebenfalls offen. Zudem sollen „die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe ausgeweitet“ und „von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein digitales Kinderchancenportal abgerufen“ werden. „Das Kinderchancengeld ist einfach und digital.“

Durch: Gleichzeitig will die FDP höhere Freibeträge für Familien und Alleinerziehende, dazu wollen sie den „Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben.“ Konkrete Höhen werden nicht genannt. „Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen“ wollen sie „verbessern.“

Die Linke



Die Linke will „Kinderarmut überwinden“. Dafür brauche es „zwei Ansätze: mit finanzieller Unterstützung bei materieller und monetärer Armut sowie mit infrastrukturellen Angeboten“:

Durch: infrastrukturelle Angebote (ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeit-einrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken etc.)– niedrigschwellig, barrierefrei, wohnortnah im Lebensumfeld und möglichst gebührenfrei.“ + Teilhabegesetz für Ki+Ju

Durch: Das Modell ihrer Kindergrundsicherung orientiert sich am Modell des Bündnisses Kindergrundsicherung. Die Höhe fällt abgestuft aus. Beginnend bei 630 Euro wird sie je nach Einkommenssituation bis auf 328 Euro abgeschmolzen. Eine Vielzahl bisheriger Leistungen geht auf, der Unterhaltsvorschuss bleibt bestehen. Kurzfristig soll „als Sofortmaßnahme das Kindergeld für alle Kinder auf 328 Euro monatlich“ erhöht werden. „Kinder aus armen Familien erhalten zusätzlich als Sofortmaßnahme zum Kindergeld einen nach Alter gestaffelten Zuschlag bis zu 302 Euro.“

AfD



Im Wahlprogramm der AfD kommt das Wort Kinderarmut nicht vor. Sie stellen ihre Forderungen unter die Überschrift „Leistungsfähigkeit der Familien erhalten“.

Durch: Sie konstatieren, dass „vor allem Familien der mittleren Einkommensschicht in Deutschland steuerlich stärker belastet [sind] als in fast allen anderen europäischen Ländern.“ Die AfD „will hier mit dem steuerlichen Familiensplitting einen Paradigmenwechsel einleiten“, dieses Familiensplitting ist verbunden mit einer Anhebung des Kinderfreibetrages.“ Eine neue Höhe des Kinderfreibetrages wird nicht genannt. Daneben fordern sie weitere steuerliche Maßnahmen, wie die „vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben und eine Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs auf den reduzierten Satz.“

Durch: Ergänzend dazu „sollen Eltern zur Herstellung der Lastengerechtigkeit bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 € erhalten bzw. von zukünftigen Beiträgen in entsprechender Höhe freigestellt werden, ohne dass die spätere Leistung gekürzt wird.“

Durch: Das Kindergeld möchte die AfD beibehalten, sie treten jedoch für eine Indexierung ein: „Missbrauchsmöglichkeiten müssen aber unterbunden werden.“

- Bei welchen Parteien finden sich Gemeinsamkeiten? Bei welchen Unterschiede?
- Für wen ist das Thema Kinderarmut hoch auf der Agenda? Auch neben den Wahlprogrammen.
- Was tun wir jetzt, damit das Thema höher auf die Agenda kommt?

